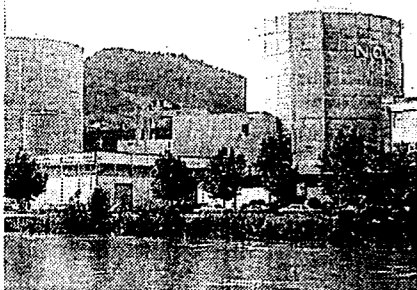


Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

KKW Beznau feiert 25jähriges Bestehen



Döttingen (AP) Das Kernkraftwerk Beznau I hat vor 25 Jahren als erstes schweizerisches Atomkraftwerk den Betrieb aufgenommen. An der Jubiläumsfeier in Döttingen (AG) vom Donnerstag zeigte sich NOK-Direktor Kurt Küffer überzeugt davon, dass die Kernenergie trotz Schattenseiten weiterhin eine Zukunft hat. Greenpeace gratulierte Beznau «zum hoffentlich letzten Geburtstag». Das Kernkraftwerk (KKW) Beznau I hat in der Schweiz Schrittmacherdienste geleistet für die beiden weiteren Druckwasserreaktoranlagen, nämlich die Zwillingsanlage Beznau II und das KKW Gösgen sowie – wenn auch in geringerem Ausmass – für die beiden Siedewasseranlagen Mühleberg und Leibstadt.

Gentechnik nur im Medizinbereich sinnvoll

Basel (AP) Die Anwendung der Gentechnik in der Medizin hat gemäss einer Umfrage deutlich mehr Befürworter als Gegner. Ihr Einsatz in der Nahrungsmittelindustrie wird dagegen mehrheitlich negativ beurteilt. An der Befragung beteiligten sich 5400 Personen, die zu 53 Prozent die Gentechnik insgesamt befürworteten. Die Resultate wurden am Donnerstag in Basel publiziert. Die Umfrage wurde an der Ausstellung «20 Jahre Gentechnik – Pro & Contra» in Basel durchgeführt, die von Oktober 1993 bis Mai 1994 40 000 Menschen angezogen hatte.

Fall Rey: Auslieferungsgesuch an die Bahamas?

Bern (AP) Die Berner Justizbehörden wollen in der seit Jahren hängigen Affäre um den flüchtigen Financier Werner K. Rey offenbar einen Schritt vorwärts machen. Das Besondere Untersuchungsrichteramt für den Kanton Bern lud am Donnerstag zu einer Pressekonferenz auf den 1. September ein, an der über den Stand der Voruntersuchung «inkl. Auslieferung» orientiert werden soll. Untersuchungsrichter Beat Schnell hatte bereits am 9. August erklärt, dass demnächst darüber entschieden werde, ob die Berner Justiz ein formelles Auslieferungsgesuch für Rey an die Bahamas stellen werde. Zuvor waren unter Beizug eines britischen Rechtsanwalts die Möglichkeiten und Erfolgsaussichten eines solchen Schrittes geklärt worden.

Keine lückenlose Darstellung der Rechtsungleichheiten

Antwort der Regierung auf eine FBP-Interpellation zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in den Gesetzen

(G.M.) – Die Regierung ist zuversichtlich, dass bis Ende 1996 alle abänderungsbedürftigen Gesetze, die derzeit noch dem Gleichberechtigungsgrundsatz widersprechen, dem Landtag zur Beschlussfassung unterbreitet werden können. Diese Zuversicht verbreitet die Regierung in einem Bericht auf eine FBP-Interpellation, die im Frühjahr 1994 im Landtag eingereicht wurde. Der Landtag hatte der Regierung schon 1992 den Auftrag erteilt, bis spätestens Dezember 1996 alle Gesetze mit Ungleichbehandlungen von Frau und Mann zur Änderung vorzulegen.

Der Bericht der Regierung auf die FBP-Interpellation ist kurz und knapp ausgefallen. Die im Anhang aufscheinende Liste von «ungleichen Gesetzen» gibt einen Überblick über die noch vor Regierung und Landtag liegende Aufgabe, bis der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau verwirklicht ist. Allerdings handelt es sich, wie die Regierung in ihrem Bericht festhält, um «keine abschliessende lückenlose Darstellung des Rechtszustandes», sondern lediglich nur um die «wichtigsten Gesetze und die sensibelsten Rechtsbereiche», in denen eine Ungleichbehandlung von Mann und Frau gegeben ist.

Ob der Landtag mit dieser Auskunft zufrieden ist oder ob die Absicht der Interpellation nicht in einer umfassenden Darstellung aller noch anstehenden Revisionspunkte bestanden hat, wird sich an der kommenden Landtagssitzung mit der Entgegennahme des Regierungsberichtes weisen.

Langsam mahlende Gesetzesmühlen

Dass die Mühlen im Bereich der Verwirklichung der Gleichberechtigung in unserem Land recht langsam mahlen, wird daraus ersichtlich, dass schon 1984 der Notstand erkannt wurde. In einem umfangreichen Bericht legte der damalige Ressortinhaber dar, dass eine Umengung von Gesetzesbestimmungen und Gesetzen nicht dem Grundsatz der Gleichberechtigung entspreche und deshalb ein Anpassungsbedarf bestehe. In einem Zusatzbericht im Zusammenhang mit der Verankerung des Gleichberechtigungsgrundsatzes aktualisierte die Regierung diese Liste.

«Diesem Zusatzbericht aus dem Jahre 1992 kann entnommen werden», schreibt die Regierung in der Interpellationsantwort, «dass der in der Postulatsbeantwortung von 1984 erwähnte Rechtsbestand zwischenzeitlich starken

Veränderungen unterworfen war. So wurden seit 1984 verschiedene Gesetzesrevisionen durchgeführt (Strafrecht, Strafprozessrecht, Ehe- und Familienrecht, Vormundschaftsrecht, Landespolizeigesetz), wobei der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau in Rücksicht gestellt wurde.»

Die 1984 erstellte Liste ist damit allerdings noch lange nicht abgehakt, wesentliche Gesetzesvorlagen warten immer noch auf eine Anpassung an den Gleichberechtigungsgrundsatz.

Sensible Rechtsbereiche müssen warten

Auf die Interpellationsfrage, ob es möglich sei, alle abänderungsbedürftigen Gesetze bis zum fixierten Zeitpunkt dem Landtag zur Beschlussfassung in Vorschlag zu bringen, teilt die Regierung ihre Antwort auf: «Während kleinere Gesetzesrevisionen durchaus bereits im Laufe dieses Jahres bzw. im nächsten Jahr durchgeführt und dem Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt werden können, bedarf die Anpassung in sensiblen Rechtsbereichen (Bürgerrechtsgesetzgebung, AHV-Gesetzgebung, Steuergesetzgebung) noch eingehender Vorarbeiten und Überprüfungen.»

Beispiele ungleicher Gesetze

Insgesamt 14 verschiedene Gesetze und Verordnungen führt die Regierung in ihrer unvollständigen Liste der noch zu revidierenden Bestimmungen an. Beispielsweise handelt es sich um die Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer: Dort ergeben sich noch Unterschiede, weil die ausländische Ehegattin eines Liechtensteiners sofort eine Niederlassungsbewilligung erhält, der ausländische Ehegatte einer Liechtensteinerin hingegen nur eine Aufenthaltsbewilligung. Ein anderes Beispiel bildet das Gesetz über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechts, wo die Regierung festhält: «Das geltende Bürgerrecht widerspricht dem Gleichberechtigungsgrundsatz in verschiedener Hinsicht, so insbesondere in bezug auf die Weitergabe des Bürgerrechts durch eine liechtensteinische Mutter.» Im Arbeitsrecht gibt es Ungleichbehandlungen, wobei nach Ansicht der Regierung die wichtigste Diskriminierung die Nacht- und Sonntagsarbeit von weiblichen Arbeitnehmern betrifft. Handlungsbedarf besteht nach der Auflistung der Regierung aber auch noch im Gewerbegebiet, im Arbeitsvertragsrecht, in der AHV-Gesetzgebung, in der Krankenversicherung sowie im Steuergesetz.

Provisoriumsbaus für Post Schaanwald vor Fertigstellung

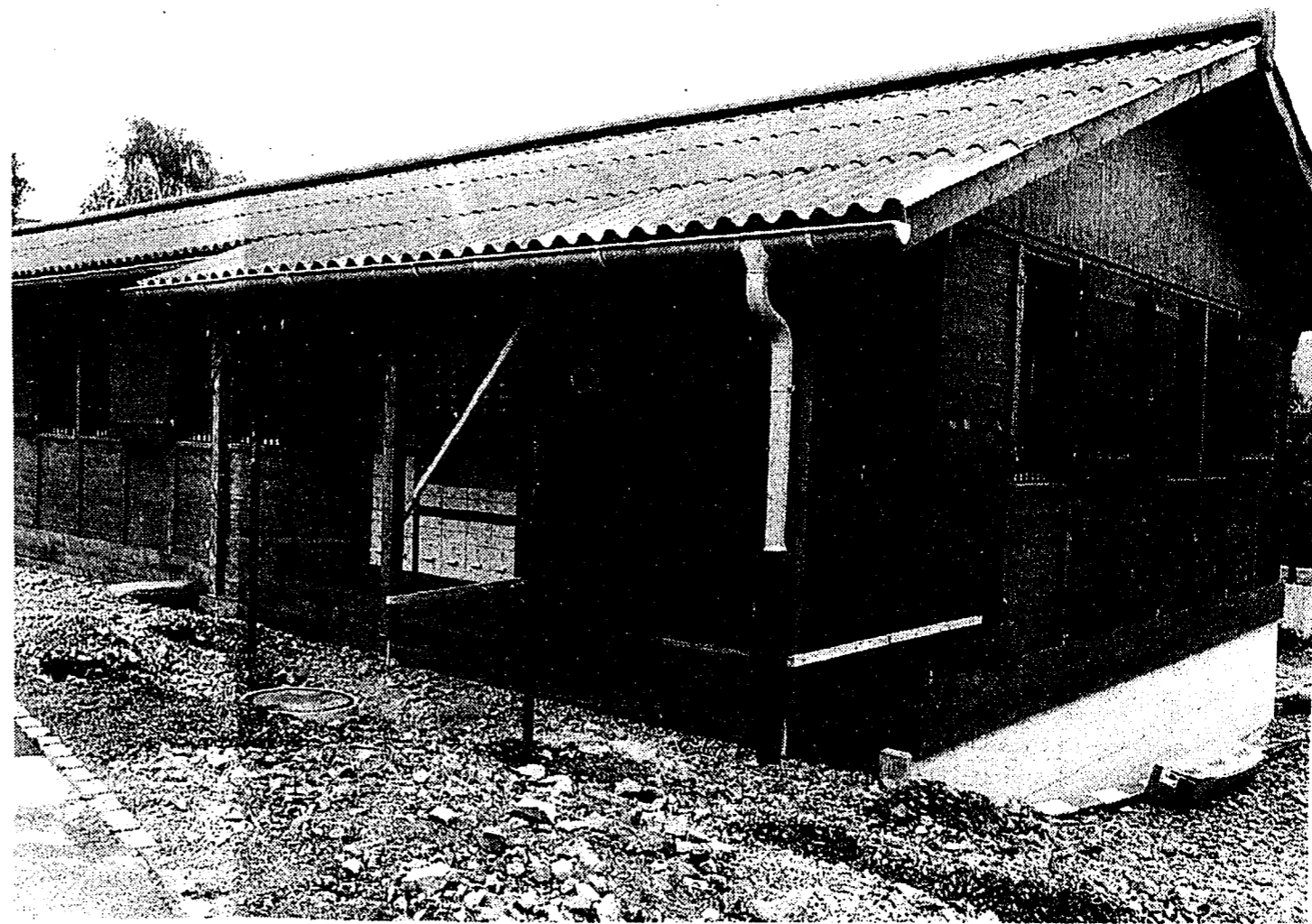
Der Elementbau aus Holz soll bis im November bezugsbereit sein – Landtag genehmigte im April einen Kredit von 300 000 Fr.

(G.M.) – Gegenüber der heutigen Poststelle entsteht in Schaanwald derzeit ein provisorisches Postgebäude. Der aus Elementen bestehende Holzbau soll bis im November bezugsbereit sein. Die Kosten für die Erstellung belaufen sich gemäss Vorlage der Regierung und Kreditbewilligung des Landtags 300 000 Fr.

Der Holzbau wird in Elementbauweise auf eine vorbereitete Fundation gestellt. Lieferant des Provisoriums ist die Generaldirektion der Postbetriebe in Bern. Unterteilt wird der Holzbau in ein Postbüro mit rund 94 Quadratmetern, eine Schalterhalle mit einer Telefonzelle, einen Windfang sowie in einen offenen Einstellraum, der offen ist zur Feldkircher Strasse, für die Zulieferung. Der Eingangsbereich mit den Postfächern ist mit einem verlängerten Dach gedeckt.

Das Baugrundstück ist im Eigentum der Gemeinde Mauren. Zwischen Land und Gemeinde wurde ein Benützungsvertrag ausgehandelt. Die Kosten für die Erstellung, den Betrieb und den Unterhalt sowie den späteren Abbruch des Gebäudes trägt das Land.

Ein Provisorium für die Poststelle wurde gewählt, weil die Konzeption für die definitive Verkehrsführung in Schaanwald noch nicht vorliegt. Deshalb wurde die Planung für den Postbetrieb und die Gemeindeplanung für den Ortskern vorerst zurückgestellt. Das Provisorium «Post Schaanwald» soll problemlos für einen Zeitraum von zehn Jahren benützbar sein.



In Schaanwald entsteht derzeit ein Provisorium für die Poststelle. Bis im November soll die provisorische Poststelle bezugsbereit sein. (Bild: Beat Schurte)

Senioren als «weise» Entwicklungshelfer eingesetzt

15 Jahre Senior Expert Corps – Bisher 270 Einsätze geleistet in Entwicklungs- und Ostländern

Bern (AP) Senioren stellen ihre Kenntnisse seit 15 Jahren in den Dienst der Entwicklungshilfe. Das Senior Expert Corps (SEC) von Swisscontact, der Schweizerischen Stiftung für technische Entwicklungszusammenarbeit, hat seit seinem Bestehen rund 270 Einsätze zur Lösung von konkreten Problemen in Entwicklungs- und Ostländern vermittelt, wie am Donnerstag in Bern erklärt wurde.

Mit dem SEC soll das bei Pensionierten brachliegende Potential an Wissen und Können sinnvoll genutzt werden. Swisscontact-Präsident Thomas W. Bechtler

wies darauf hin, dass der alte Mensch in Afrika und allgemein in Entwicklungsländern eine Respektsperson, wenn nicht gar ein Weiser sei. Mit viel Engagement und Einsatz, nach wochenlangen Vorbereitungen in der Schweiz, würden die betagten Entwicklungshelfer ausreisen, um sich vor Ort unkompliziert, flexibel, tatkräftig und mit der nötigen Diplomatie den von ihnen verlangten Problemlösungen zu widmen. Ein kurzes Pflichtenheft umschreibe jeweils die in ein bis drei Monaten zu lösende Aufgabe. Die Einsätze seien äusserst vielfältig: ein Müllerei- und

Mühlebauexperte habe in Chile eine Mühle wieder in Schuss gebracht, ein Techniker habe für eine Firma in der Slowakei einen für den Westmarkt tauglichen Boiler konstruiert, ein Restaurateur habe in Ecuador Hotelpersonal weitergebildet, ein ehemaliger Mitarbeiter der internationalen Gesundheitsorganisation Lösungsvorschläge für Abwasserprobleme von verschiedenen Fabriken in Lateinamerika erarbeitet. Alle diese Einsätze der rund 200 in der SEC-Kartei eingeschriebenen Senioren erfolgten freiwillig und ohne dass Honorare bezahlt würden.

Die neuesten
Verführungen
der
Herbstmode

Modehaus
Hannelore

Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan

ERWACHSENENBILDUNG



? Anmelden !

232 48 22